

CDU – Lange Str. 3-4 – 99947 Bad Langensalza

**Kreisgeschäftsstelle:**

Lange Str. 3-4  
99947 Bad Langensalza  
Tel.: 03603/8956741  
Fax: 03603/8956731

cdu-unstrut-hainich@t-online.de  
www.cdu-unstrut-hainich.de

**BUNDESFREIWILLIGENDIENST AB 01.07.2011  
CDU Kreisverband begrüßt ausdrücklich  
die Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes**

1. September 2011

BAD LANGENSALZA. Am 01.07.11 ist der neue Bundesfreiwilligendienst an die Stelle des Zivildienstes getreten. Dies war eines der Themen, über die in der jüngsten Kreisvorstandssitzung beraten wurde, informierte jetzt die Kreisvorsitzende Annette Lehmann, MdL.

„Besonders positiv für unsere Kommunen ist es, dass sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes künftig vielfältige Einsatzmöglichkeiten in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport sowie im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz ergeben“, lobte Andreas Henning, Kreisvorstandsmitglied und Bürgermeister in Heyerode.

Im Unstrut-Hainich-Kreis sind bereits jetzt einige Kommunen als Einsatzstelle für den Bundesfreiwilligendienst anerkannt worden. So zum Beispiel die Gemeinde Dünwald und die Gemeinde Heyerode.

Im Gegensatz zum Zivildienst richtet sich der Bundesfreiwilligendienst nicht nur an junge Männer, sondern steht Männern und Frauen nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht unabhängig von Alter und Nationalität offen. Der Umfang der Maßnahme beträgt zwischen 6 Monaten und bis zu 3 Jahren. Auch Hausfrauen, Rentner und Teilzeitbeschäftigte können diesen Dienst leisten.

Die Freiwilligen erhalten von den Einsatzstellen ein Taschengeld von maximal 330,00 € pro Monat. Sie werden sozialversichert und sind damit in der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflege- sowie Arbeitslosenversicherung abgesichert. Die Einsatzstellen treten zunächst in finanzielle Vorleistung, werden aber bis auf den Eigenanteil der Kommune durch den Bund refinanziert.

Einziges Manko: Wer einmal den Bundesfreiwilligendienst geleistet hat, wird im Anschluss 5 Jahre gesperrt. Dies wurde im Kreisvorstand stark kritisiert und der Bundestag aufgefordert, eine solche Regelung zu streichen.

Insgesamt wird jedoch vom CDU- Kreisvorstand eingeschätzt, dass die Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes positive Auswirkungen in den Kommunen, den Vereinen und Verbänden erzielen kann. Deshalb sollte sich jede Kommune um eine Anerkennung als Einsatzstelle bemühen und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger auf diese neue Möglichkeit der Mitwirkung und des Engagements in ihren Heimatorten aufmerksam machen.